Beilage 3.1
zur Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 20.02.2025

Aktualisierung Konzeption „Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“ 2025

„Pädagogik rund um das Dokumentationszentrum“ steht in engem Kontext zu dem 2001 in Nürnberg eröffneten Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände mit seiner Dauerausstellung „Faszination und Gewalt“. Seit 1997 engagiert sich der Kreisjugendring Nürnberg-Stadt dafür, bei diesem Vorhaben insbesondere die Interessen von Kindern und Jugendlichen zu berücksichtigen. Im Juli 1999 wurde der KJR vom Jugendhilfeausschuss der Stadt Nürnberg beauftragt, die pädagogische und inhaltliche Betreuung von jungen Menschen im Kontext des Dokumentationszentrums konzeptionell zu entwickeln. Ausgangspunkt der Überlegungen war dabei auch die Tatsache, dass die Pädagogik für junge Menschen eine genuine Aufgabe politischer Jugendbildung ist und ein zentrales Handlungsfeld der Jugendarbeit im Sinne des § 11 KJHG (heute SGB VIII § 11). Nürnberg bietet mit dem „Lernort“ Dokumentationszentrum, der Auseinandersetzung mit dem NS-Regime am Beispiel Nürnbergs, nicht nur die Chance historischen Lernens, sondern auch eines Lernens für Gegenwart und Zukunft sowie Erziehung gegen Rechtsextremismus, Ausländerfeindlichkeit und Gewalt, für Demokratie, Toleranz und Menschenrechte.

Das Konzept des KJR wurde im Jugendhilfeausschuss im Mai 2000 zustimmend zur Kenntnis genommen. Zuerst wurde das Projekt als Modellprojekt durch die Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. bis Ende 2003 gefördert. Seit 2004 wird das Projekt, das mittlerweile eine feste Einrichtung des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt ist, durch eine Mischfinanzierung der Stadt Nürnberg, des Landes Bayern, vertreten durch den Bayerischen Jugendring, dem Bezirk Mittelfranken sowie Eigenmitteln des Kreisjugendrings Nürnberg-Stadt und Teilnehmerbeiträge finanziert.

2009 wurde DoKuPäd per Beschluss im JHA in den Grundlagenvertrag der Stadt Nürnberg mit dem Kreisjugendring Nürnberg-Stadt aufgenommen. 2011 erfolgte eine Aktualisierung und Weiterentwicklung der Konzeption, im Jahr 2025 zum 25-jähigen Bestehen der Einrichtung liegt jetzt die weiter aktualisierte Konzeption vor.

Während im Jahr 2002 ca. 140 Veranstaltungen durchgeführt wurden, lag man im Jahr 2009 bereits bei über 200 Veranstaltungen pro Jahr. Dies erweiterte sich auf ca. 300, abgesehen vom Corona-Knick. Im Jahr 2024 wurden 327 Veranstaltungen (d.h. Studientage, Workshops und Rundgänge) mit 6010 Teilnehmenden durchgeführt.

Die Konzeption von 2024 / 25 – Fortschreibung und Fokussierung

Die Konzeption wurde in der Vollversammlung des KJR Nürnberg-Stadt im November 2024 beschlossen.

Zur Zeit befindet sich das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände im Umbau, eine neue Dauerausstellung ist in Planung, die Zeppelintribüne mit dem Zeppelinfeld soll erhalten

und trittfest gemacht werden. Damit verbunden ist eine erweiterte Nutzung des Lernortes Zeppelinfeld, des Bahnhofs Dutzendteich sowie Märzfeld und damit auch weitere Möglichkeiten der historisch-politischen Bildung. Auch der zweite wichtige historische Ort, die Kongresshalle, verändert sich in den nächsten Jahren, zum einen durch kulturelle Nutzung ganz allgemein, zum anderen durch den Bau der Interimsspielstätte des Opernhauses im Innenhof der Kongresshalle. Für DoKuPäd heißt dies, neue Programme zu entwickeln, sowohl für die neue Dauerausstellung im Dokumentationszentrum bzw. neue Rundgänge, die die erweiterten Möglichkeiten z.B. auch in der Zeppelintribüne mit dem sogenannten „Goldenen Saal" als auch dem Zeppelinfeld miteinbeziehen. Auch die Forschung zu pädagogischen Programmen am ehemaligen „Täterort" Reichsparteitagsgelände hat Fortschritte gemacht – diese Erkenntnisse fließen ebenfalls in die neue Konzeption ein.

Die Konzeption nimmt aktuelle Themen politischer Bildung auf wie die Pandemie, die Krisen auf der Welt mit dem Ukrainekrieg und dem Terrorangriff der Hamas auf Israel und die gesellschaftlichen Veränderungen. Themen wie Rechtsextremismus, Verschwörungserzählungen, Fake News und Antisemitismus rücken in den Vordergrund. Laufende Aktualisierungen, auch im Bereich social media, sowie gesellschaftspolitische Fragestellungen müssen inhaltlich und methodisch in die laufende Workshop-Arbeit integriert werden. Damit verbunden ist die Erkenntnis, dass die Haltung der Pädagoginnen und Pädagogen eine wichtigere Rolle spielt – der Beutelsbacher Konsens als vermeintliches Neutralitätsgebot (siehe Konzeption Beilage 3.2 ab Seite 94 unter Punkt 3.2 Neutralität versus Haltung) wird aktuell wieder diskutiert. Gleichzeitig spielt das soziale Miteinander, das gerade unter Corona gelitten hat, eine wichtige Rolle. All dies zeigt, dass sich die gesellschaftlichen Veränderungen in den vergangenen Jahren auch im pädagogischen Angebot von DoKuPäd niederschlagen und weiterhin bei der Weiterentwicklung des Angebots darauf geachtet werden muss, gesellschaftliche Entwicklungen und damit Bedarfe abzubilden.

Die Entwicklungen lassen sich wie folgt kurz zusammenfassen:

- Die pädagogische Arbeit in Nürnberg „rund um das Dokumentationszentrum" sowie die Menschenrechtsarbeit leisten einen wesentlichen Beitrag zur historischen und politischen Bildung und sind elementarer Bestandteil der Nürnberger Erinnerungskultur. Ziel der historisch-politischen Bildungsarbeit von DoKuPäd ist es daher weiterhin, Erkenntnisse zu vermitteln, die für unsere Zukunft wichtiger sind denn je, blickt man auf die Entwicklung der Weltlage.
- DoKuPäd wird seine Angebote auf dem ehemaligen Reichsparteitagsgelände sowie in der neuen Dauerausstellung des Dokumentationszentrums anpassen und neu aufsetzen. Dazu gehört auch die Entwicklung weiterer Rundgänge auf dem Gelände und das Einbeziehen der Neuerungen am Lernort Zeppelinfeld. Dafür bedarf es Ressourcen und Personal, um den Anspruch umzusetzen, dass sich die Erinnerungskultur vor Ort inhaltlich weiterentwickelt und weiterhin gerade die Belange junger Menschen berücksichtigt werden.
- Ort, Vermittlung und Kommunikation spielen eine entscheidende Rolle in der außerschulischen Jugendbildung, seien es politische oder historisch-politische Themen. Die normative Grundhaltung – die Grundprinzipien Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit – ist nicht verhandelbar, sie bilden die Grundlage jeglicher politischen Bildung. Im Hinblick auf das ehemalige Reichsparteitagsgelände heißt dies, die Lernenden zu befähigen, politische Propaganda und Manipulation zu erkennen und sich distanzieren zu können.

- Politische Bildung ist nicht lediglich Extremismusprävention. Politische Bildung soll nicht nur dann stattfinden, wenn die demokratische Gesellschaft durch krisenhafte Entwicklungen und Problemlagen herausgefordert wird. Politische Bildung soll Kinder und Jugendliche in die Lage versetzen, über ihre Zukunft selbstbestimmt verfügen zu können – dazu braucht es dauerhafte Strukturen und nicht lediglich projektbezogene Förderungen.
- Menschenrechte sowie das Eintreten gegen gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rechtsextremismus oder Antisemitismus zählen nach wie vor zu den inhaltlichen Schwerpunkten von DoKuPäd.
- Das Thema Rechtsextremismus hat sich weiter ausdifferenziert und reicht vom „klassischen“ Workshop zu Rechtsextremismus bis zum Umgang mit Populismus, Verschwörungserzählungen, Antisemitismus und Fake News – letztere sind besonders in Zeiten von Social Media wichtig und knüpfen indirekt an den inhaltlichen Schwerpunkt „Propaganda“ in der historisch-politischen Bildung an.
- DoKuPäd wird, wie beschrieben, aktuelle Themen aufgreifen und auch überregional Angebote machen – allerdings kann dies ohne zusätzliche Finanzen und Personal nicht geleistet werden. Daher wird in der aktuellen Konzeption eine bessere finanzielle und damit auch personelle Ausstattung gefordert.

Für die folgenden Jahre ist daher insbesondere eine weitere Erhöhung der Stundenzahl der pädagogischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Verwaltung erforderlich. Zwei Pädagoginnen bzw. Pädagogen in Teilzeit (jeweils 19,5 Stunden) können die Anforderungen von Durchführung von Angeboten, Weiterentwicklung der Angebote in Inhalt und Didaktik sowie Anleitung von Praktikantinnen, Praktikanten und Honorarkräften kaum stemmen, um die erforderliche Qualität der Angebote gewährleisten zu können. Dies bedeutet mittelfristig die Forderung nach zwei Vollzeit-Pädagoginnen- bzw. Pädagogenstellen. Gerade die Weiterentwicklung der Angebote aufgrund der Neukonzeption der Ausstellung im Dokumentationszentrum sowie am Lernort Zeppelinfeld, als auch die Anforderungen an die Themen aktueller politischer Bildung insbesondere Demokratie- und Menschenrechtsbildung erfordern eine Aufstockung der bisherigen Stunden. Auch die Verwaltung (19,5 Stunden) kann ihren Aufgaben nicht mehr gerecht werden. Sie hat mittlerweile über 300 Buchungen pro Jahr mit dem zugehörigen Verwaltungsaufwand zu stemmen, das Stundenkontingent stieg nicht mit der steigenden Nachfrage bei der Zahl der Buchungen. Hinzu kommen gestiegene Sach- sowie Honorarkosten. Der KJR plant unter Berücksichtigung der Haushaltslage der Stadt Nürnberg, die Anpassungen der Stundenerhöhungen sowie der Sach- und Honorarkosten in mehreren Schritten anzugehen und möchte zum Haushaltsjahr 2026 einen ersten Erhöhungsantrag stellen. Nachdem die Arbeit durch die Stadt Nürnberg nun 25 Jahre unterstützt wurde, ist es an der Zeit, auch die Weiterentwicklung der Arbeit von DoKuPäd zu fördern.

Keineswegs ist hier allein die Stadt Nürnberg in der Pflicht. Eine Finanzierung von Land, Bezirk und Stadt muss auch weiterhin Voraussetzung für die Gesamtfinanzierung von DoKuPäd sein. Der KJR wird daher auch bei den Geldgebern Bezirk und Land, vertreten durch den BJR, Erhöhungsanträge stellen. Auch die Stadt Nürnberg wird um Unterstützung gebeten, die Zuschussanträge positiv zu unterstützen. Dieses Vorgehen ist deshalb angemessen, da die Teilnehmenden zu fast gleichen Teilen sowohl aus Stadt, Bezirk und Land kommen, wie man den Zahlen entnehmen kann. Zu prüfen ist mittelfristig auch, inwieweit teilnehmende Schulklassen und Gruppen durch den Freistaat Bayern in die Lage versetzt werden, bspw. durch schulbezogene Budgets für Demokratiebildung, mittels höherer Teilnahmebeiträge einen Beitrag zur Finanzierung der Strukturkosten zu leisten.